

Jan Philipp Albrecht: „Finger weg von unseren Daten! Wie wir entmündigt und ausgenommen werden“

Jan Philipp Albrecht ist Parlamentsabgeordneter und stellvertretender Vorsitzender im Innen- und Justizausschuss im Europäischen Parlament (EP) und dort insbesondere Berichtersteller der geplanten EU-Datenschutz-Grundverordnung (DS-GVO), die seit drei Jahren in Arbeit ist und Ende 2015 vorliegen soll. Dann würden sich die Verhandlungen im Trilog zwischen Rat, Parlament und Kommission (Art. 294 AEUV) anschließen. Die vorliegenden Ausführungen des engagierten Politikers können als Erläuterung des Datenschutzreformprozesses auf EU-Ebene betrachtet werden, auf deren Agenda ein wirkräftiger Datenschutz im globalen 24/7-Milieu (7-Tage-Woche im 24-Stundentakt) steht. Es geht dabei um die datenschutzrechtliche Einbindung persönlicher Zeiten, Aktivitäten und Daten in die Parameter der digitalen Kommunikation, es geht um *Big Data* auf den Halden der Geheimdienste und mächtiger Suchdienste, die nach spezifischen, häufig diskriminierenden, Such-Kriterien ausgewertet werden und eine flächendeckende Kontrolle ermöglichen.



Jan Philipp Albrecht (2014):
Finger weg von unseren
Daten! Wie wir entmündigt
und ausgenommen werden,
München: Knauer Verlag,
192 Seiten,
Preis €7,00
ISBN 978-3426-78687-1

Das Taschenbuch beginnt mit dem Thema „der Globalisierung als gesellschaftlicher Umbruch und der Digitalisierung als technischer Katalysator dieses Umbruchs“ (S. 11), in dem der Aufbruch in eine selbstbestimmte Zukunft bislang verpasst worden sei (S.16). An praxisnahen Beispielen fordert der Verfasser den verfassungsrechtlich gebotenen Schutzauftrag des nationalen Staates für den Datenschutz ein (S. 28). Es gelte das Grundrecht auf Datenschutz in „letzter Schlacht um unsere Freiheit“ zu verteidigen (S. 35). Das Ende der Selbstbestimmung könne insbesondere durch einen effektiven europäischen und weltweiten Datenschutz verhindert werden (S. 36-52). In weiterer Folge legt der Verfasser dar, auf welche Weise der „Ausverkauf unserer Daten“, etwa der Gesundheitsdaten gegenüber Versicherungen oder in App-Käufen eingedämmt und gleichzeitig die digitale Daten-Souveränität aufgrund von menschenrechtlichen Regelungen gegenüber repressiven Staaten wie China und Russland, aber auch gegenüber Spähaktionen ausufernder Geheimdienste gestärkt werden kann (S. 53-69). In diesem Kontext mahnt der Verfasser technischen Sachverstand an, ohne den ein effektiver Datenschutz nicht realisierbar sei (S. 70-94).

Die „vernetzte Gesellschaft“ könne an freiheitlicher Demokratie durch die Informationsfreiheit wie im „arabischen Frühling“ sowie der Stärkung des informationellen Selbstbestimmungsrechts gewinnen (S. 95-106).

Albrecht tritt für eine „digitale Unabhängigkeitserklärung“ in Form einer wirkräftigen EU-Regelung ein (S. 107-115) und setzt sich detailliert mit der europäischen Datenschutzreform, den politischen Barrieren in EU-Mitgliedstaaten etwa in Deutschland auseinander (S. 116-146). Die digitale Datenverarbeitung ist zwar in allen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Bereichen eine unabdingbare Voraussetzung zur Bewältigung der jeweiligen und häufig vernetzten Aufgaben. In Bezug auf die öffentliche Verwaltung und die speziellen Traditionen in den EU-Mitgliedstaaten wäre es allerdings wünschenswert, wenn sich der Verfasser kritisch mit der Frage auseinandergesetzt hätte, ob der Datenschutz für die öffentliche Verwaltung statt in der Verordnung nicht in einer Richtlinie mit Gestaltungsspielräumen für die Mitgliedstaaten geregelt werden sollte (s. u. a. S. 140). Albrecht setzt sich desweiteren mit den übersteuerten Sicherheitsbestrebungen in der Politik auseinander, die mit der Injurie arbeitet, dass diejenigen, die dagegen opponieren „etwas zu verbergen“ haben. Zu Recht kritisiert der Autor die Erfindung eines obskuren „Grundrechts auf Sicherheit“. Der Datenschutz diene nur in einem erweiterten Sinn auch der Sicherheit von Bürgern dergestalt, dass sie ihre europäischen Grundrechte ohne maßlose Überwachung, Registrierung oder diskriminierende Profilbildung wahrnehmen können (S.147-172). Albrecht vertieft diese Frage in seinen Ausführungen „Der politisch-industrielle Komplex“ im Kontext der Entwicklung und Finanzierung von neuer Sicherheitstechnik und die schwammige völkerrechtliche Einbindung etwa im Fall von video- und sensorbestückten Drohnen (S.173-181). In Anbindung an den mutigen Schritt des Whistleblowers E. Snowden verfasst der Autor ein „Plädoyer an Politik und Gesellschaft“. Er wendet sich gegen den Export von IT-Systemen für Computer- und Smartphone-Überwachung sowie gegen eine wachsende Zensurinfrastruktur, wo staatliche Kräfte und ein „kapitalistischer“ Markt Hand in Hand tätig werden (S.182-188). Bei der von Albrecht aufgezeigten veränderten Aufgabenstellung im Recht des Datenschutzes ist es unverzichtbar, die Betroffenenrechte über die EU-Grenzen hinaus auch technisch zu stärken, eine sachgerechte Ausstattung der Datenschutzbehörden zu garantieren, die Kontrolle im öffentlichen Bereich und die Aufsicht über den privaten Bereich zusammenzulegen. Das verständlich und kenntnisreich geschriebene Buch ist geeignet, die gesellschaftliche Debatte darüber anzustoßen, was notwendig ist, um den europäischen Datenschutz mit Inhalt zu füllen.

Die Rezension erschien zunächst in DuD Datenschutz und Datensicherheit 4/2015. Wir danken Autorin und Redaktion herzlich für die freundliche Genehmigung zum Nachdruck.